



André Kuper

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Kommunalpolitischer Sprecher der CDU Landtagsfraktion

Landtag NRW André Kuper MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden
des Ausschusses für Kommunalpolitik
Herrn Christian Dahm, MdL

im Hause

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-2124

Fax: (0211) 884-3386

E-Mail: andre.kuper@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 3. Juni 2013

Beantragung einer aktuellen Viertelstunde

„Auswirkungen der Ergebnisse des Zensus 2011 für die Kommunalfinanzierung in NRW“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die kommende 24. Sitzung des Kommunalausschusses am 7. Juni 2013 beantragt die CDU-Landtagsfraktion eine aktuelle Viertelstunde aufgrund der Ergebnisse des Zensus 2011 und der Berichterstattung über Aussagen des Innenministeriums, wonach mit dem GFG 2013 keine Umsetzung erfolgen sollte.

Mit exakt 17 538 251 Einwohnern zum Zensus-Stichtag am 9. Mai 2011 hat NRW fast 300 000 Köpfe weniger als bisher ausgewiesen. Die erste bundesweite Volkszählung seit 26 Jahren ergab auch, dass drei von vier Gemeinden in NRW weniger Bürger als gedacht haben.

Einwohnerzahlen haben erhebliche finanzielle Auswirkungen für die Kommunen und ihre Finanzen. Beim GFG geht es schließlich um insgesamt mehr als drei Milliarden Euro, beim Stärkungspakt um insgesamt mehr als 130 Millionen Euro, die an der Einwohnerzahl geknüpft sind. Mehr als 50 Prozent der Gemeindefinanzierungsleistungen werden nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2013 über den so genannten Hauptansatz nach der Einwohnerzahl verteilt. Gleiches gilt für 20 Prozent der Hilfsmittel aus dem Stärkungspakt. Dort ist ein Grundbetrag je Einwohner von 25,89 Euro vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen sollen nach ersten Aussagen des Innenministeriums die Zahlen zunächst noch nicht haben. Im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2013 werde noch keine Anpassung vorgenommen sagte eine Sprecherin des Düsseldorfer Innenministeriums der Nachrichtenagentur dpa. Wie sich die neue Statistik im kommenden Jahr auswirke, lasse sich noch nicht sagen.

Wir bitten die Landesregierung, die Ergebnisse des Zensus im Hinblick auf die Kommunalfinanzen zu bewerten und zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Plant die Landesregierung eine Anpassung der Einwohnerzahlen im GFG 2014?

2. Falls nicht, für wann plant die Landesregierung eine Datenaktualisierung der Einwohnerzahlen im GFG?
3. In welcher Form plant die Landesregierung eine Umsetzung der Umsetzung der Zensus-Ergebnisse
4. Sieht die Landesregierung die Notwendigkeit einer Abmilderung der Veränderungen der Einwohnerzahlen?
5. Plant die Landesregierung eine Anpassung der Einwohnerzahlen im Stärkungspaktgesetz?
6. Wie will die Landesregierung im Fall der Aktualisierung der Daten im Stärkungspakt die drohende Umverteilung gestalten?

Mit freundlichen Grüßen

André Kuper MdL